

Wie weiter mit den Thesen und der Partei?

Zum Ziel und Inhalt des Textes

Im folgenden Text wird versucht, die Situation der Partei in ihrer Praxis, ihrer theoretischen Lage und Arbeit zu beschreiben, wie sie sich seit und mit der Einbringung der Thesen zuge-spitzt hat.

Nach der Beschreibung wird mit 8 Vorschlägen der Versuch unternommen, einen Weg aus der seit längerem blockierten Situation zu zeigen.

Dann wird beispielhaft versucht anhand des Projektes der 30 Stunden-Woche dies praktisch zuzuspitzen.

Die Einbringung der Thesen durch das Sekretariat als Zuspitzung

Wie aus den unten zitierten Zeilen aus dem Einleitungs-Referat von Leo Meyer bei der 10. PV-Tagung am 27./28. März 2010 hervorgeht, ist er und scheint auch das Sekretariat nicht geneigt zu sein, die Kritik an der Art der Einbringung der Thesen und vor allem an ihren Inhalten in irgendeiner Weise ernst zu nehmen:

„Die bisherige Art und Weise der Debatte zu den „Politischen Thesen“ ist häufig destruktiv, geht überhaupt nicht auf die aufgeworfenen Frage ein, wird mit Unterstellungen geführt und vergiftet das Klima in der Partei.“

Dann werden die (oder nur einige oder ausgewählte?) Schreiber mit der Diagnose konfrontiert, dass ihr Festhalten an Glaubenssätzen und ihre Sehnsucht nach fundamentalistischen Antworten, der Reaktionsweise der „Menschen in der Krise“ ähnele.

(in: DKP-Info 2-10 , 1.April 10; S. 12-13 <http://www.dkp-online.de/pv/dkp-info/info0210.pdf>)

Selbst wenn es zutreffen sollte, dass einige oder mehrere Kritiken und Kritiker derart zu charakterisieren wären, ist es reichlich bodenlos, sich aller Einwände auf diese Art zu entledigen. Auf diese Art der Abqualifizierung und Missachtung ist also hier nicht weiter einzugehen.

Weiter wie bisher und Thesenkritik als Spielwiese für die Nörgler

Gleichwohl bleibt die Situation der Partei prekär. Wir haben eine Parteiführung, die ein programmatisches Papier zum Parteitagsbeschluß erheben wollte, das den Kompromiss des aktuellen und gültigen Programms faktisch ausgehebelt hätte. Wir haben einen Parteivorstand, der darin kein *Verfahrensproblem* sieht und dem die Thesen anscheinend auch inhaltlich nicht in Frage stehen, diese vielmehr wohl seinen eigenen Anschauungen entsprechen. Wir haben eine Mitgliedschaft, die wohl in nicht unerheblichem Maße ihre Praxis vor Ort und in den Gruppen nicht im Widerspruch zu den Thesen sieht. - Und wir haben etliche Mitglieder, die in den Thesen entweder eine unzureichende oder sogar eine theoretisch falsche Fassung der kapitalistischen Wirklichkeit sehen. Die dabei als richtig unterstellten Gegenpositionen sind unterschiedlich – beziehen sich aber in erheblichen Umfang auf Lenin im Hinblick auf den gegenwärtigen Kapitalismus als Imperialismus, auf den Klassenkampf und seine Etappen, sowie die Rolle von Partei und Arbeiterklasse. Es gibt auch Stellungnahmen, die von allgemeineren Positionen marxistischer Theorie aus die Thesen grundsätzlich und im einzelnen kritisieren, so auch meine eigene. Neben einzelnen Personen haben auch einzelne Gruppen ihre Kritik oder Ablehnung der Thesen formuliert. Allerdings - soweit sie vor allem als Beschlüsse formuliert sind, werden sie nicht mehr auf Kommunisten.de wiederge-

geben, wie die letzte PV-Tagung bestätigt hat. Vielmehr sollen sie, statutengemäß, an den PV an den PV gerichtet werden.

Insgesamt kommt in den Kritiken zum Ausdruck, dass anscheinend der größte Teil der theoretisch aktiven und sich öffentlich äussernden Parteimitglieder die Thesen nicht als Grundlage einer verständigen Parteiorientierung ansehen kann.

Da nun aber die Parteiführung die Thesen offensichtlich als legitime und richtige Grundlage ihrer Politik ansieht, sowie sich selbst, die Schreiber und die Inspiratoren der Thesen als treffliche Theorieproduzenten für die von ihnen angeleitete Praxis der Partei ansehen, hat die Partei ein Problem.

Die Parteiführung kann sich auf den Standpunkt stellen, Hunde, die theoretisch bellen, beißen praktisch nicht und einfach weiter machen wie bisher. Andere werden fürchten, dass die Partei etwas kopflos bleibt, und die Parteiführung mit Schlagworten statt mit haltbarer Empirie und Theorie die „neuen Verhältnisse“ der kap. Produktionsweise interpretiert und die Taktik und Strategie der Partei bestimmt.

So wird die kritische Debatte zu den Thesen sicher weiterlaufen, aber mit abnehmender Intensität. Und die Vermutung liegt nahe, dass auch die Parteiführung darauf setzt, dass die Debatte für die Praktiker ziemlich schnell ihren Reiz verlieren wird und für die Kritiker ihre Relevanz, wenn sie selbst es vermeidet, inhaltlich darauf einzugehen. Schon gar, wenn sie sich im PV damit begnügt, die Kritik als dogmatisch, fundamentalistisch und nicht an der Realität orientiert zu bezeichnen und ansonsten weiter macht wie bisher. (s.o., Parteinfo) Wer soll sich denn in einem Jahr noch für eine solche „akademische“ und dann abgestandene Debatte interessieren?

Wäre es also für die Parteiführung kein Problem, wenn sie die ganzen Nörgler einfach im räsonnierenden Abseits stehen liesse und zusammen mit den „sozialen Bewegungen“ und der Linken den erhofften Protest der von der Krise gefrusteten Lohnabhängigen in die Bahnen der „Wirtschaftsdemokratie“ lenken wird? - Vielleicht.

Die Praxis vor, ohne und mit den Thesen

Wenn man dagegen die tatsächliche Praxis der Parteigruppen und ihrer Mitglieder anschaut, dann ergibt sich ein etwas anderes Bild.

Die riesig erscheinenden theoretischen Differenzen verschwinden in einem breiten Band ähnlicher Aktivitäten - und differenzieren sich vor allem in Betonungen verschiedener, einander kaum ausschließender Praxisfelder.

Gruppensitzungen in unterschiedlicher Frequenz, bei manchen Gruppen Lesekreise, oder gar Schulungen für Anfänger oder zur Vertiefung verschiedener Fragen auch für langjährige Mitglieder. Theorieabende eher in der Form des Frontalvortrages und mit Diskussion durch die Vielredner (unvermeidlich meist ziemlich wirkungslos) Mehr oder weniger regelmäßige Infotische in den Stadt- oder Quartierzentren mit Materialien der Partei- und aus anderen Quellen. An einigen Orten Herausgabe eines eigenen oder gemeinsamen Infoblattes, dessen Verbreitung sehr unterschiedlich ist, mit kommunalen, und allgemeinpolitischen Inhalten, die oft aus den Publikationen der Bundespartei entnommen sind und meist den Interessen und Positionen der Macher folgen. An einigen Orten direkte Vertretung in Kommunalen Parlamenten, etwas häufiger solche auf Gemeinschafts- oder fremden Listen. Wenn es gut geht, daran anknüpfend auch kommunalpolitische Aktivitäten, Eigeninformation, Kritik oder

eigene Konzeptionen, dabei meist auch Absprachen und Diskussionen mit anderen Personen und Gruppierungen; gemeinsame Aktivitäten oder auch Bündnisse hinsichtlich kommunaler Einzelfragen. Ebenfalls gemeinsame Aktivitäten oder sogar Bündnisse bei Anti-Kriegs- und Friedensfragen, bei Anti-Faschismus in der Geschichte und gegen die heutigen Rechten; evt. gemeinsame Aktivitäten und Bündnisse zu Fragen der 3. Welt und/oder von Migranten und Flüchtlingen; Ähnliches bei ökologischen Fragen, örtlichen oder allgemeinen; in manchen Orten sind soziale Bündnisse, evt. als Sozialforen entstanden, die sich u. a. mit Aktivitäten in der Folge der Hartz-IV-Gesetzgebung zusammengeschlossen haben. In manchen Orten sind einige oder mehrere dieser Aktionsfelder auch mit dem DGB, soweit er noch vorhanden ist, verbunden. Dass darüber hinaus Hauptamtliche der Einzelgewerkschaften dort aktiv und als Repräsentanten ihrer Organisationen mitmischen, dürfte höchst selten sein, und noch seltener Funktionäre aus den Betrieben.

Die organisierte Arbeiterklasse ist in diesem linken und sozialen politischen Aktivistenmilieu fast nicht vorhanden – sie ist weitgehend unsichtbar geworden. Nur bei den angekündigten Katastrophen von Betriebsschließungen kann sich das kurzzeitig und leider nur vorübergehend ändern. Andere Verhältnisse sind auch dann möglich, wenn es Aktivisten aus dem Bereich der Hauptamtlichen gibt, die die Gründung der WASG oder später der PDL mit vorangetrieben haben und das weiterführen.

In manchen Städten und Regionen gibt es dann noch Mitglieder, **die in mittleren und vor allem großen Betrieben Vertrauensleute und/oder Betriebsräte sind**, meist auch damit einhergehend in den örtlichen Gewerkschaftsgliederungen aktiv sind oder Funktionen haben. Trotz der programmatischen und theoretischen Betonung dieses Feldes der Parteiaktivität führt das in der Regel nicht dazu, dass die örtlichen Parteigliederungen dabei zuarbeiten und umgekehrt die Parteigliederungen davon profitieren. Das ist auch kaum anders denkbar, weil Nicht-Angehörige der jeweiligen Betriebe und der jeweiligen Gewerkschaften, weder die Betriebs- und Unternehmensinterna kennen und bewerten können, noch die schwierigen Beziehungen zu und in den örtlichen Gewerkschaften. Auch werden Funktionäre in verschiedenen Betrieben der gleichen Branche in der gleichen Gewerkschaft sich kaum erst in einer MV der Partei verständigen und dies den anderen erst verständlich zu machen versuchen, sondern außerhalb und bei Notwendigkeit. (habe ich vieles oder wichtiges vergessen?).

Welche Besonderheiten es möglicherweise gegenüber dieser Aktivitäts-Skizze es im Osten gibt, kann hier nicht weiter untersucht werden. Zu vermuten ist, dass die ideologisch-theoretische Frontstellung gegenüber einer „regierungsfreudigen“ PDL einen größeren Raum einnimmt.

All diese Aktivitäten sind meist mit den persönlichen Interessen und Verkehrskreisen einzelner Mitglieder, manchmal auch ganzer Gruppen verbunden. Sie existieren meist nebeneinander ohne in Konflikte zu geraten. Eine gemeinsame auf ein oder zwei Punkte konzentrierte und geplante Arbeit aller aktiven Mitglieder einer Gruppe gibt es wohl nur selten – was nicht verwunderlich ist.

Dafür fehlt die theoretische und politische Übereinstimmung der Parteiführung und ihrer Anleitung mit den programmatischen Beschlüssen und mit den Orientierungen in den theoretisch orientierten Publikationen. Letztere geben, sinnvoller Weise, die Bandbreite der unterschiedlichen Ansichten der ideologisch aktiven Parteimitglieder wieder.

Und dafür fehlt vor allem auch eine gewisse Ähnlichkeit der örtlichen Bedingungen des Handelns. Das liegt einerseits daran, dass wegen ihrer geringen Größe und ihres geringen Gewichtes die Partei an den meisten Orten nicht eigenständig die linken politischen Themen

setzen kann, bei Strafe ihrer Wirkungslosigkeit. Andererseits liegt es daran, dass in den Gemeinden die politisch-sozialen Fragen sich meist nicht als Klassenfragen stellen, sondern vielfältig politisch über die Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden vermittelt sind (manchmal sogar der EU). Von den spezifischen Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland ganz abgesehen.

Globalisierungsdiskurs, moralischer Antikapitalismus im linkspolitischen Aktivistenumfeld und das ISW

Das Verbindende ist dann der linke Diskurs der Verarmung, der Entdemokratisierung, der Rechtsentwicklung, der verschärften Ausbeutung vor allem der 3. Welt, der zunehmenden Kriege, der Abschottung der EU nach außen usw.

Leitfaden ist dabei die thematisch differenzierte aber einhellige moralische Empörung über die Zustände und Entwicklungen in der ganzen Welt.

Dagegen fällt die differenzierte Erklärung aus den Verhältnissen und den Strategien und Taktiken der politischen Beauftragten der Bourgeoisie, deren unterschiedlichen Interessen und den Kräfteverhältnissen zu den Lohnabhängigen meist undeutlich oder gänzlich aus.

Auch hier kann man dann den *Neoliberalismus*, mit seiner Aushungerung des Sozialstaates gut in die ideologische Bresche werfen. Das *Transnationale Kapital* mit seiner imperialistischen Politik ist dann auch vor Ort präsent – und mit den von seinen Verhältnissen erzeugten Migranten und Flüchtlingen (was über etliche Mittelglieder ja auch nicht falsch ist).

In vielen größeren Städten ist gibt es noch oder ist wieder ein linkes Aktivistenumfeld entstanden. Darin decken sich das Interesse und die Aktivitäten der verschiedenen o.g. Bereiche personell und/oder organisatorisch, ist der Anti-Globalisierungsdiskurs und sind entsprechende Aktivitäten der gemeinsame Ausdruck von *Sentiment* und Zielen. Hier gibt es dann auch erhebliche Überschneidungen mit den Positionen und Publikationen des ISW und anderer linker Organisationen und mit entsprechenden Aktivitäten der Mitglieder der DKP.

Neoliberaler Kapitalismus ist da oft die Formel für das Übel, den Abscheu - und der Nenner, auf den fast alles gebracht werden kann. Die Weltperspektive der Sozialforen passt dann zu den BRD-Aktivitäten gegen Hartz IV, weil der *Neoliberalismus* und das *Transnationale Kapital* die leicht vorzustellenden gemeinsamen Gegner sind: Die Positionen von Attacke erscheinen dann als das Gemeinsame der Bündnisteilnehmer. Es ist dabei nicht ausgeschlossen, gerade wenn es um Kriege und die dritte Welt geht, dass man auch von Imperialismus reden kann.

Dagegen wird die Aufmerksamkeit und Lernbereitschaft eher gering ausfallen, wenn DKP-Mitglieder die Verteidigung der Sozialversicherungen mit theoretischen Ausflügen in die Imperialismus-, die Monopol- oder die Stamokaptheorie zu erläutern versuchen, was zugegebenermaßen auch etwas schwierig ist.

Das alles ist nun nicht prinzipiell problematisch und oder gar schädlich - wenn, ja wenn eine solide marxistische Bildungsarbeit, die Rückwirkung auf die DKP-Mitglieder verarbeiten würde.

Tatsächlich aber erscheint diese Rückwirkung dann in unseren Positionen und Publikationen eher umgekehrt als die theoretische Quelle, die auch alle anderen Globalisierungs- und

Neoliberalismusgegner beeinflusst – dies lässt dann das ISW als Produzenten „unserer“ Theorie erscheinen, die viele andere Teilnehmer der sozialen Bewegungen inspirieren würde.

Dabei ist es genau umgekehrt: Das ISW übersetzt die vielen theoretischen Erörterungen der Intellektuellen aus dem Umfeld der sozialen Bewegungen, von den sich eine zunehmende Zahl auch im Dunstkreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung der PDL finden, angeblich Marx-kompatibel für die Mitglieder und anscheinend auch für das Sekretariat der DKP.

Als eine vermeintlich neue, moderne Konzeption von gleichzeitiger marxistischer Erklärung der Weltökonomie und der Probleme und Aktivitäten im eigenen Städtchen und am eigenen sozialen Ort. Das linkspolitische Milieu der Aktivisten empfindet sich dann schon als Teil einer weltweiten anti-kapitalistischen (Volks-)Bewegung, dem neuen pluralen Subjekt der Umwälzung des neoliberalen globalisierten Kapitalismus.

Nun haben ja weder die Parteimarxisten noch die Marxisten überhaupt die Weisheit mit Löffeln gefressen. Es kann also durchaus sein, dass andere Forscher das Eine oder Andere schneller oder richtiger sehen als das eigene intellektuelle „Heimgewerbe“. Dann wäre aber die erste Aufgabe, über diese Beiträge zu berichten und sie kritisch zu bewerten - und nicht umgekehrt, sie unkritisch in die Partei einzuschleusen und fast nebenbei bisherige theoretische Positionen zu verdünnen oder zu verdrehen und geltende Programmatik beiseite zu schieben.

Die mangelhafte theoretische Praxis in der Partei

Wie wird im Verhältnis dazu die theoretische Arbeit und Auseinandersetzung in der Partei geführt?

In der UZ, in den Marxistischen Blättern und in den Veranstaltungen der ME-Stiftung, sowie in Artikeln und Auftritten von einzelnen Mitgliedern in linken Nicht-Partei-Publikationen gibt es einen nicht kleinen Strauß von Ansichten und Theoremen. Allerdings gehen die Debattierenden kaum aufeinander ein. Kritik wird entweder mit Schweigen übergangen oder mit Gegenkritik beantwortet. Meist aber wird einfach die je eigene Position oder Linie unverdrossen weiter vertreten. Daneben gibt es natürlich viel Kritik und Überhebung gegenüber anderen Positionen außerhalb der Partei, die marxistisch oder links sein wollen. Und außerdem gibt es hin und wieder den Versuch, empirisch der einen oder anderen Frage nachzugehen.

Zu den letzteren Versuchen gehören die mit viel Material ausgestatteten Publikationen des ISW gerade nicht, weil das empirische Material immer nur gesammelt und interpretiert wird, um die eigenen Thesen zu bestätigen und nicht, um sie auch kritisch zu überprüfen. Das gilt gerade auch für die häufig in der UZ wiedergegebenen Teile.

Die Konsequenz davon ist, dass jede Position oder Strömung, entsprechend ihrer Repräsentanz in den Publikationsorganen und der Aktivität ihrer schreibenden „Vertreter“ mehr oder weniger zu Wort kommt und sich die Leser einfach das herausklauben können, was sowieso in ihren Kopf passt. Das führt dazu, dass sich auch bei den Mitgliedern, die nicht selbst schreibend oder theoretisch aktiv sind, die vorhandenen Positionen einfach fort-schreiben, reproduzieren, so wie meistens bei den Wortführern auch.

Da nun diese Situation programmatisch ebenfalls festgeschrieben ist, wird der bestehende *theoretische und programmatische Pluralismus*, der eher eine Not als eine Tugend ist, auch

noch mit vielen Texten legitimiert. Wobei jede Strömung und Position sich einbilden oder auch reklamieren kann, sie habe die „eigentlich“ richtige.

So muß es nicht Wunder nehmen, dass es der ISW-Strömung gelungen ist, bei einem großen Teil der Repräsentanten des aktiven Kerns der Partei, den PV-Mitgliedern und ihren Wählern in den Gruppen, ihre Interpretation von Ökonomie und Politik in der BRD und in der Welt als richtigen Ausdruck ihrer Praxis erscheinen zu lassen. Unter anderem gelingt dies mit der Selbstdarstellung als modern und die neuen ökonomischen und sozialen Erscheinungen in der Welt und der BRD endlich ohne dogmatische Scheuklappen wahrzunehmen und zu interpretieren.

So ist das theoretisch völlig ungefilterte Einsickern in die Köpfe der Aktiven doch das Erstaunliche und Betrübliche zugleich – dagegen war bisher jedenfalls jede Kritik aus dem gängigen theoretischen oder programmatischen Arsenal völlig wirkungslos und stieß zunehmend auf Abwehr:

keine Antwort auf neue Fragen, Krittellei, dogmatisches oder orthodoxes Herbeten, keine Anleitung für die tatsächliche Praxis, Verkennung der Wirklichkeit, gerade auch der Arbeiterklasse und des heutigen Kapitalismus, oder noch netter, Geltungssucht usw. usw.

Auf der Ebene der Theorie und der theoretischen Kritik wird sich das wohl auch so schnell nicht ändern lassen – so lange die Theorieproduktion diese Verschwägerung der gängigen politischen Praxis mit der sich häufig ändernden ideologischen Herausputzung durch das ISW nicht auflösen kann – und bisher gelingt das nicht. Die objektive Gefahr der Spaltung der Partei und das praktische Ansprechen dieser Gefahr wird da auch nicht viel helfen, weil sich das in den praktischen Kernen der Parteigruppen kaum wiederzuspiegeln scheint – siehe oben die Beschreibung der Praxis.

Die theoretische Debatte bewegt sich in einem unfruchtbaren Neben- und Gegeneinander folgender Positionen:

Auf der einen Seite die (mich selbst nicht überzeugenden) Versuche, die Gegenwart und die soziale Praxis der Parteimitglieder mit Thesen oder Ausarbeitungen aus den folgenden theoretischen Feldern verständlich zu machen: der Lenin'schen Imperialismustheorie in einigen Varianten, der Stamokap-Theoreme und einer orthodoxen Version der Engels-Marx'schen Klassentheorie sowie den damit verbundenen Revolutionsvorstellungen. Als Ausweg aus den Problemen mit der aktuellen Arbeiterklasse wird dann oft die IMSF-Auffassung eines „weiten“ Begriffs von Arbeiterklasse verwendet: Weitgehend alle Lohnabhängigen ohne Leitungsfunktionen und mit durchschnittlichen Verdiensten und die Vorstellung von einem Kern der Arbeiterklasse in den Großindustrien der materiellen Produktion.

Jedoch werden die Lohnabhängigen faktisch von der noch vorhandenen staatlichen Regulierung vereinheitlicht (Arbeitsvertragsrecht, Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmungsgesetze, Personalvertretungsgesetze, Zugehörigkeiten zu den Sozialversicherungen und deren Regelungen, usw.). Vor allem die Auflösung und die Ausfransung mancher dieser Regelungen, symbolisiert in Hartz IV, ebenfalls durch den Staat organisiert, hat diese vereinheitlichende Wirkung aufgehoben oder beseitigt und den Differenzierungen der normalen privaten kap. Ausbeutungspraxis wieder das Feld eröffnet. Dass diese nun quantitativ stärker international betrieben wird, ändert zwar die Gangart des Kapitalismus, aber weder seine zentralen Eigenschaften noch auch grundlegend die Wege ihn bekämpfen zu können.

Die begleitende „Philosophie“ war und ist der Marktradikalismus in der aktuellen Gestalt des Neoliberalismus (Monetarismus und Angebotspolitik). Dieses gesellschaftspolitische Glau-

bensbekenntnis soll auch kaschieren, dass es sich einfach um ganz normales Profitinteresse handelt, das auf allen Ebenen der Gesellschaft freie Bahn haben soll.

Auf der anderen Seite gibt es die ISW-Position, die die kapitalistische Welt zu erklären scheint, damit nahe am linken, öffentlichen Sprachschatz und den damit transportierten Vorstellungen von gesellschaftlichen Veränderungen operiert – populär, relativ beliebig, moralisch aufgeladen, alle Unterprivilegierten der Welt vereinernd und nicht nur die Menschheit, sondern auch die Natur vor dieser rettend. Dass dies mehr Traumtänzerie, als materialistische Analyse von gesellschaftlichen Verhältnissen, von sozialen Klassenlagen und daraus entstehenden Interessen und von bestimmten Selbstbewegungen der ökonomischen Verhältnisse ist, kann man ja im Laufe der Entwicklung der ISW-Positionen und ihrem Dominant-Werden in der Partei studieren.¹

Es wird in absehbarer Zeit keine theoretische Auflösung des Gegensatzes von Imperialismus-Theorien und Globalisierungsphantasien geben. Daher wird es im alltäglichen „Theoriegebrauch“ weiterhin diffus und widersprüchlich zugehen oder, wie in der geltenden Programmatik, tendenziell pluralistisch. Es kann aber auch, wie gerade eben mit den Thesen, der Versuch gemacht werden, über den Zustand der Welt, die Rolle der Arbeiterklasse, der Partei, den Weg und den Übergang zum Sozialismus eine Mehrheitsentscheidung herbei zu führen und sich für „Wirtschaftsdemokratie“ in einem „demokratischen Sozialismus“ des 21. Jahrhunderts zu erklären.

Produktive Bewegung in das Verhältnis von Theorie und Praxis der Partei bringen

Diese für die Parteipraxis und ihre politische Wirksamkeit wenig hilfreiche Situation kann meiner Ansicht nach tendenziell nur aufgelöst werden, wenn

1. Das aktuelle Parteiprogramm als gemeinsamer programmatischer Nenner verschiedener theoretischer und politischer Sichtweisen für die absehbare Zeit akzeptiert wird – von der Parteiführung, den Gruppen und den Mitgliedern. Was keineswegs theoretische Kritik und Weiterarbeit ausschließt.

2. Dies sollte dadurch unterfüttert werden, dass die allen parteiinternen Positionen gemeinsamen Ansichten über die empirischen Gegebenheiten der Welt des Kapitals und die theoretischen Einsichten historisch-dialektischer Art von Marx, Engels, Lenin und anderen Theoretikern für die gegenwärtige Lage zusammengestellt und gemeinsam herausgestellt werden.

Da das Theoriegebäude des historischen und dialektischen Materialismus, wie es sich bisher herausgebildet hat und weiter in Arbeit ist, eine hierarchische und eine historische Struktur hat, dürfte es möglich sein, zwischen den Ebenen von Fundament und Konkretion, sowie zwischen umfassend oder zeitgebunden geltend, jene Schichten zu bestimmen, bei denen

¹ wer das Urteil überzogen polemisch findet, kann sich mit den Argumenten anhand meiner versch. Aufsätze informieren, beginnend mit 1999 über Globalisierung oder Imperialismus in der ZU <http://www.dkp-online.de/marxbild/doku/bild2-99.htm> und in den Marxistischen Blättern seit 2001

J. Miehe: Kapitalismus in der Welt – Weltkapitalismus; MBI 5-01: Zwischenimperialistische Kräfteverhältnisse

J. Miehe: Zum Charakter der Formation; MBI 6-05: In welchem Kapitalismus leben wir? vergl Ankündigung in der UZ des MBI Heftes 6-05 über eine MES-Tagung <http://www.dkp-online.de/uz/3801/s1502.htm>

J.Miehe: Die Welt des Kapitals heute; MBL 4-07: Wessen Welt ist die Welt?

keine ernsthaften Differenzen bestehen. Das heißt gerade nicht, dass die anderen theoretischen Differenzen für unerheblich erklärt werden müssen.

3. Das bedeutet auch, dass die Parteiführung im Rahmen des Programmes nicht! als „Partei“ in den theoretischen Auseinandersetzungen auftritt, sondern für die Zusammenführung sorgt. Ausdrückliche und begründete! Positionierungen in solchen Debatten durch einzelne Mitglieder des Sekretariats und des PV wären damit natürlich nicht ausgeschlossen.

4. Die Parteiführung darüber hinaus darauf verpflichtet wird, verbindliche theoretische Diskurse zu allen kontroversen und offenen Fragen zu organisieren und zu betreiben. Kontroverser Pluralismus der Debatte, um ihn aufzuheben! Statt theoretisches *laissez faire* und praktische Mehrheitsentscheidungen über Theorien und Wirklichkeit.

5. Diese Debatte muß als wesentlichen Kern den Versuch beinhalten, die gegenwärtigen politischen Praxisfelder und Praxisvarianten, die von den Mitgliedern und den Gruppen beachtet werden, in einen empirisch und theoretisch marxistisch begründeten Rahmen der Entwicklung der kap. Formation und ihrer BRD-Abteilung einzuarbeiten.

6. Eine solche orientierende neue Theoretisierung der Parteipraxis kann aber nur gelingen, wenn diesseits oder jenseits der festgefahrenen Kontroverse *Globalisierung oder Imperialismus* marxistische Interpretationen der Welt entwickelt werden, die ihre Relevanz auch bei der Interpretation der Alltagsverhältnisse in der BRD und ihrer möglichen fortschrittlichen Veränderungen zeigen.

7. Geltung, Verbreitung und praktische Wirkung in und für die Partei kann eine solche neue Theoretisierung nur gewinnen, wenn sie sich auch in populäre, im politischen Alltag handhabbare Konzepte einer fortschrittlichen politisch-ökonomischen Perspektive übersetzen lässt.

8. Es wird unvermeidlich sein, dass dabei etliche Fragen, die für eine Strategie der Kommunisten in Richtung Sozialismus zentrale Bedeutung haben, zunächst oder für länger offen oder kontrovers bleiben.

Wie etwa jene nach dem Ausgang der gegenwärtigen Krise oder der vermutlichen Reaktionen der Masse der Bevölkerung, wenn sie auf absehbare Zeit andauert (was schon in den europäischen Ländern jeweils gänzlich unterschiedlich ausfallen kann).

Oder jene, wie ein künftiger Sozialismus organisiert werden kann: Zentral geplant oder mit Hilfe von Marktgesetzmäßigkeiten und Warenproduktion, mittels Planung und Organisation der materiellen Produktion der Gesellschaft (und ihrer ökologischen Reproduktion) anhand von stofflichen Parametern oder anhand von Wertkategorien und wie beides mit Partizipation der jeweils Betroffenen und demokratischer Bestimmung durch die ganze Gesellschaft verbunden werden kann.

Ob die Erfahrungen der bisherigen sozialistischen Praxen in Ökonomie und Staaten ausreichen, um verständige Konzepte vor einer nächsten sozialistischen Umwälzung bereit zu haben, ist im Moment, 20 Jahre nach dem Scheitern der bisherigen Anläufe in Europa, immer noch in erheblichem Maße offen.

Diese Offenheiten sind aber ebenso viele dringliche Aufforderungen, die Forschung und Diskussion gerade über die Erfahrungen der sozialistischen Länder endlich auch für die Partei in Angriff zu nehmen und voran zu treiben!

Herauszubilden wäre also einerseits eine theoretische Grundposition, die alle verständig denkenden Beteiligten guten Willens akzeptieren könnten - was nicht Kompromiss oder Pluralismus in der Theorie bedeuten würde. Das müsste formuliert werden – und das erscheint als die leichtere Aufgabe.

Schwieriger erscheint es, *die ökonomisch-sozialen-politischen Verhältnisse und Umstände*, in denen die Gruppen und Mitglieder sich bewegen, so zu beschreiben, dass sie sich richtig verortet sehen, und diese konkreten Umstände mit den größeren Strukturen und Bewegungen in der BRD, in Europa und in der Welt verständig zu verbinden.

Dabei können wir in beiden Feldern ausdrücklich die von uns gemeinsam als richtig angesehenen marxistischen Positionen zugrunde legen und sie auch offen und offensiv so behandeln.

Als Beispiel: wir reden dann zunächst nicht über eine **theoretisch vorgestellte Arbeiterklasse**, sondern über die **Lohnabhängigen in ihren realen Erscheinungsweisen**. Wir reden dann nicht über einen **theoretisch vorgestellten Imperialismus** sondern über die tatsächlichen ökonomischen Verhältnisse, die Eigentümer, die operativen Einheiten von Konzernen und anderen, die Produktionen, die Arbeitsplätze, die Investitionen, die Konjunkturen und die Entwicklungen, sicher auch über die Sphäre des Finanzsektors mit den Finanzkonzernen, den Kapitalbewegungen auf den jeweiligen Ebenen usw. - und über **die tatsächlichen Aktivitäten der Staaten, ihrer Bündnisse, ihres Militärs, aber auch ihrer gemeinsamen Absprachen, die ja auch tatsächlich nie ohne Konkurrenz sind**.

Mit dem Anrufen von schon früher ausgearbeiteten Theorien über die Weltverhältnisse sollten wir uns dann zurück halten und ihren Erklärungswert für den Alltag nicht einfach deklarieren. Bei ausdrücklich als methodisch oder metatheoretisch (Theorien über Theorien) angelegten Überlegungen und Auseinandersetzungen gelten dann wieder andere Maßstäbe.

Das notwendige Moment der strategischen Zuspitzung der Parteipraxis

Allerdings - allein mit der richtigen *Beschreibung und Einordnung der Praxis* unserer Mitglieder und dem Verabreden einer theoretischen Grundposition wäre es nicht getan. Das wird die Parteisituation vielleicht nur ein wenig entdramatisieren. Um die praktische Wirksamkeit der Partei in der gesellschaftlichen Gegenwart in der BRD zu entwickeln und die gemeinsame Orientierung zu stärken ist ein politisches Projekt erforderlich. Dieses muß die gegenwärtige politisch-soziale-ökonomische Situation zum Ausgangspunkt nehmen und für die gegenwärtigen fortschrittlichen Kräfte und ihre Handlungsmöglichkeiten, also vorrangig nicht für uns selbst, sondern für die Linke und die Linken in den Gewerkschaften und mobilisierbare Lohnabhängige und wenn möglich auch für die sozialen Organisationen und „sog. Bewegungen“ formuliert werden.

Ein solches Projekt muß einen stimmigen Strauß von Maßnahmen und Prioritäten umfassen, für die geworben, organisiert und die öffentlich als Forderungen proklamiert werden können. Es müsste inhaltlich so angelegt und formuliert werden, dass es sich auch in den Wahlen niederschlagen kann. Denn das ist ja diejenige politische Aktivität der Lohnabhängigen, die am wenigsten Aufwand und am wenigsten Umdenken erfordert – nächst den All-

tagsgesprächen, also diejenige mit dem geringsten erforderlichen Einsatz für die von uns zu Gewinnenden. Als Kern für ein solches politisches Projekt schlage ich seit langem vor:

Eine konzentrierte, intensive und dauerhafte allgemeine Kampagne

für eine 30 Stunden Woche, einen 6 Stunden-Tag, einen neuen Normalarbeitstag und ein wieder gefestigtes Normalarbeitsverhältnis. Organisch darin enthalten ist die Rückgewinnung von konsolidierten Sozialversicherungen, ihre demokratische Kontrolle und mittelfristig ihre Übernahme durch die versicherten Lohnabhängigen.

Das könnte man als Rückeroberung einer Sozialen Republik, bezeichnen, also eine zunächst nur verbale Überhöhung des sog. Sozialstaates, mit der Perspektive eines erweiterten Feldes und eines intensivierten Klassenkampfes von unten.

Dafür ist der ausdrückliche historische Rückbezug auf das geltende Grundgesetz mit dem „**Art 20 (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.**“

wichtig und hilfreich, in dem die Umstände eines günstigeren sozialen und politischen Kräfteverhältnisses von 1948 festgeschrieben wurden.

(rechtlich bedeutet die Formulierung **>ist ein ... sozialer Bundesstaat** < keine Beschreibung, sondern eine Norm. Umgangssprachlich hieße das **>soll ein ...sozialer Bundesstaat sein<!**)

Die Rückgewinnung des Prinzips (der Realität) des Sozialstaates, ist auch das ausdrückliche Ziel des DGB.

Eine Zurückweisung dieser Perspektive ist nicht nur politisch völlig kontraproduktiv. Sie ist meiner Ansicht nach auch theoretisch nicht mit neoliberaler Globalisierung und Hegemonie der Transnationalen Konzerne zu begründen. Als Beispiel: Wie sonst könnte der Ausbau des US-Sozialstaates mit der Reform der Krankenversicherungen überhaupt stattfinden, den die KP-USA ausdrücklich als Sieg der Arbeiterklasse begrüßt, selbst wenn dies weit hinter den Ankündigungen und ihren Hoffnungen zurückgeblieben ist.

Der entsprechende Passus in der neuen „Politischen Resolution“ gehört gestrichen!

Die Lohnquote ist der unmittelbare ökonomische Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Hauptklassen (nicht exakt, sondern als Indiz). Das ökonomische Ziel muß es sein, sie mindestens wieder auf die Höhe vor Schröder nach oben zurückzutreiben, theoretisch ausgedrückt, die Mehrwertrate wieder zu senken und den Wert der Arbeitskraft wieder zu erhöhen.

Die Reservearmee dient als stärkster Knüppel des Kapitals gegen die Lohnabhängigen aller Sparten. Dieser Knüppel muß dem Kapital schon aus strategischen Gründen aus der Hand genommen werden – von der Interessenposition und der moralischen Frage nicht zu reden.

Die Reservearmee kann in den entwickelten kap. Ländern nicht mehr durch hohe Wachstumsraten der materiellen Produktion wieder aufgelöst werden. Selbst die bestehenden Arbeitsverhältnisse in der Exportindustrie sind auch außerhalb der Krise tendenziell vom technischen Fortschritt bedroht. Nur eine radikale und andauernde Arbeitszeitverkürzung kann das herbeiführen.

Der Fortschritt der Produktivität muß endlich in direkter Form für die Verbesserung der Lebensweise der Lohnarbeiter nutzbar gemacht werden und nicht in die dauernde Erweiterung der Warenproduktion und des fetischistischen Konsums – mal abgesehen von dem auch vorhandenen Nachholbedarf für Schichten mit unteren Einkommen.

Zwar wären damit weder die Ausbeutung noch die Bourgeoisie verschwunden, und ihre Macht auch noch nicht, aber es wäre ein wesentlich besserer Ausgangspunkt gewonnen, um von da aus um Mehr zu kämpfen.

Jörg Miehe